

gen. Die „Begegnung der Kulturen“ wird als „kulturelle Synthese“ amerindischer, europäischer und afroamerikanischer Traditionen herausgearbeitet, die „Mestizierung“ leicht idealisiert.

Polarisierungen angesichts des 500-Jahr-Gedenkens

Mit dem 500-Jahr-Gedenken spiegelt sich die Konfliktivität indigenistischer und hispanistischer bzw. „kulturalistischer“ Positionen in der Interpretation des „Ereignisses 1492“ auch in der lateinamerikanischen Kirchengeschichtsschreibung wider. Die CEHILA hat eine unterschiedene Option für die Opfer der Geschichte getroffen. 1984 formulierten die Kirchenhistoriker in Mexiko: „Aus lateinamerikanischer Perspektive existiert so etwas wie die Entdeckung oder das Auffinden Amerikas nicht. Es gibt nur die Invasion und die Verschüttung unserer vorkolonialen Geschichte durch die Europäer. Wir sollten uns deshalb mit dieser historischen Problematik auf eine radikal neue Weise auseinandersetzen.“

Auf einer von der CAL organisierten Tagung in Rom (Mai 1992) zum Thema „Historia de la Evangelización de América. Trayectoria, identidad y esperanza en un continente“ wurde dagegen die Erstevangelisierung als eines der wichtigsten Ereignisse der Kirchengeschichte beschrieben und mit einem neuen Pfingsten verglichen; die gelungene Inkulturation des Evangeliums wird an der *Volksreligiosität* festgemacht. Angeregt wurde die Gründung eines Instituts für Studien und Forschungen zur Geschichte Lateinamerikas und der Christianisierung in der Neuen Welt. Das bedeutet, daß die Forschungen zur Kirchengeschichte Lateinamerikas explizit *zweigleisig* verlaufen werden: auf der einen Seite wird eine „Kirchengeschichte vom Volk aus geschrieben“ (*Johannes Maier*), auf der anderen Seite eine am Begriff der Evangelisierung orientierte Geschichtsanalyse betrieben.

Ein Leitmotiv der 4. Generalversammlung des lateinamerikanischen Episkopats in Santo Domingo wird der Gedanke der Evangelisierung sein. Erinnert wird zum einen an „Licht- und Schattenmomente“ der Erstevangelisierung auf dem lateinamerikanischen Kontinent, zum anderen soll eine Neuevangelisierung den Weg der lateinamerikanischen Kirche in das 3. Jahrtausend weisen. Wenn über das Leitmotiv der Evangelisierung verstärkt auf den Prozeß der „Kirchewerdung“, auf die je neue Ausgestaltung der Kirche im und durch das Wort Gottes eingegangen wird, ein lebendiges Modell von Kirche als „Weggemeinschaft“ aufgezeigt wird, so darf nicht übersehen werden, daß jede Gestaltfindung von Kirche, daß Evangelisierung in eine je spezifische geschichtliche und kulturelle Situation eingebunden ist.

Eine Gestaltfindung heute ist nur über ein Ernst- und Wahrnehmen der Geschichte – in aller Fragmentarität und Schuldhaftigkeit – möglich. Eine Aufarbeitung des Evangelisierungsprozesses bedarf so der ungeschminkten Analyse kirchengeschichtlicher Forschungen, die auch Brüche und Widersprüchlichkeiten in der Ausbildung der Gestalt der Kirche, im Dialog oder im Konflikt mit weltlichen Institutionen, aufarbeitet. Für die Gegenwart bedeutet dies, daß Evangelisierung und „Option für die Armen“, Evangelisierung und „Befreiung“ in der konkreten sozio-historischen Situation Lateinamerikas, zunehmender Verarmung, gefährdeter Demokratien, von Gewalt und Terror, aufeinander bezogen sind.

Evangelisierung kann nur in der wahren Annahme des Karfreitags, in der Erkenntnis des Verstricktseins in eine Schuldgeschichte, als neues Pfingsten begriffen werden. Eine wahre „Entdeckung“ des gelebten Glaubens ist nur möglich in der Anerkennung dessen, was lange Zeit „verdeckt“ war. Dann ist – prospektiv – Hoffnungsarbeit möglich, Wege der Aussöhnung mit den Marginalisierten der Geschichte können in gemeinsam geteilter ehrlicher Trauerarbeit beschritten werden. *Margit Eckholt*

Hoffnung auf eine Renaissance

Der ÖRK-Zentralausschuß wählte einen neuen Generalsekretär

Vom 21. bis 28. August tagte in Genf der ÖRK-Zentralausschuß, das höchste Gremium des Ökumenischen Rates zwischen seinen Vollversammlungen. Dabei stand in einer entscheidenden Phase der Neu- und Umstrukturierung des ÖRK die Wahl eines neuen Generalsekretärs im Mittelpunkt der Tagesordnung. Als Nachfolger für den altersbedingt ausscheidenden Emilio Castro wählte der Zentralausschuß Konrad Raiser zum fünften Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen.

Die diesjährige Tagung des Zentralausschusses des Ökumenischen Rates der Kirchen vom 21. bis 28. August in

Genf stand wie schon die von 1991 ganz im Zeichen des Neu- und Umstrukturierungsprozesses des Rates, dem mittlerweile 322 größere und kleinere Mitgliedskirchen angehören. Eine grundlegende Reform der Programmeinheiten, der Arbeitsweise wie der ÖRK-Organisationsstruktur hatten sowohl die Situation der von Stagnation und Resignation bedrohten ökumenischen Bewegung wie auch die Häufung der Krisensymptome innerhalb des ÖRK selbst nahegelegt. Wie sehr diese Krise, in die der nun 44 Jahre alte ÖRK nach Zeiten der Euphorie in den 60er und frühen 70er Jahren geraten war, an dessen Fundamente heranreicht, hatten spätestens die vielen ungelö-

sten Fragen und Streitpunkte der letzten Vollversammlung von Canberra deutlich gemacht (vgl. HK, April 1991, 179 ff.).

Beispiele dafür sind Dissonanzen in der Frage des *christlichen Dialogs mit nichtchristlichen Religionen* ebenso wie latente Spannungen zwischen den traditionsreichen und den jungen Kirchen. Darüber hinaus droht der ÖRK sich vor allem in unzähligen Aktionen, Programmen und deren Untereinheiten zu verzetteln und dabei sein klares Profil im Dienst an der Einheit der Kirchen zu verlieren. Zudem hängt über diesen verwirrend vielen Aktivitäten das Damoklesschwert des chronischen *Haushaltsdefizites*, das 1991 immerhin 2,8 Millionen Schweizer Franken betrug. Hinzu kommen die in den letzten Jahren aufgebrochenen Konflikte über die Haltung des ÖRK zu seinen Mitgliedskirchen in den früher kommunistisch regierten Ländern. Diese Vergangenheitsbewältigung hatte besonders auf der Zentralaussschußsitzung in Genf 1990 zu heftigen Auseinandersetzungen um die Notwendigkeit eines offiziellen Schuldbekenntnisses geführt (vgl. HK, Mai 1990, 204 f. und HK, August 1992, 392). Dementsprechend wurden auch schon lange vor Canberra die Stimmen immer zahlreicher, die auf Remedur drängten, besonders Selbstprüfung und Vergewisserung über die eigentliche Zielsetzung des für das Ganze der ökumenischen Bewegung immer noch zentralen ÖRK forderten.

Die neue Organisationsstruktur gebilligt

Schon auf der sechsten Vollversammlung des ÖRK in Vancouver 1983 (vgl. HK, September 1983, 402 ff.) und den beiden Weltkonferenzen von San Antonio und Seoul (vgl. HK, Juli 1989, 326 ff. und HK, April 1990, 159 f.) wurden erste Anläufe unternommen, die entscheidenden Weichen zu stellen, die den dringend notwendigen Neuaufbruch des ökumenischen Zusammenschlusses mit der erhofften Rückwirkung auf die ökumenische Bewegung insgesamt möglich machen sollten. Besonders aber in Canberra wurde die Forderung nach neuen Programmen und Initiativen dringlich; die von der Vollversammlung hierzu verabschiedeten Programmrichtlinien blieben jedoch eher vage.

Bereits der im vergangenen Jahr ebenfalls in Genf tagende Zentralaussschuß billigte die ihm vorgeschlagenen Programmschwerpunkte und beschloß *entscheidende Veränderungen in der Organisationsstruktur* des ÖRK (vgl. HK, November 1991, 505 f.). Im Zentrum standen dabei die Straffung, Bündelung und Koordinierung der bis dahin bestehenden drei Programmeinheiten (Einheit und Zeugnis, Gerechtigkeit und Dienst, Bildung und Erneuerung) mit ihren insgesamt sechzehn Untereinheiten zu vier Programmeinheiten; die bisherigen Untereinheiten fielen fort. Das inhaltliche Profil, Aufgabenbereiche und Schwerpunkte der vier neugeschaffenen Programmeinheiten (I: „Einheit und Erneuerung“, II: „Leben, Erziehen und Mission“, III: „Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung“ und IV: „Teilen und Dienst“) standen jetzt beim

Zentralaussschuß zur Beratung und Beschlußfassung an, nachdem die vier Programmkommissionen bei einer Tagung im Mai dieses Jahres in Evian Prioritäten für ihre Arbeit erstellt hatten.

Übereinstimmend wurde bei der Zentralaussschußtagung für die Arbeit in allen vier Programmbereichen die Notwendigkeit und der Wille zu *enger Kooperation und Koordinierung* unterstrichen. Ebenso ist allen ein Schwerpunkt auf der biblisch-theologischen Reflexion gemeinsam. Als Gemeinsamkeit erwies sich in der Beratung ebenfalls das Ringen mit dem schmaleren Finanzrahmen für die Programmeinheiten. Die theologische Erklärung der Vollversammlung von Canberra – „Die Einheit der Kirche als Koinonia“ – wurde als Grundlage der ersten Programmeinheit beschlossen. Eine ihrer Abteilungen ist unter anderem damit beauftragt, die fünfte Weltkonferenz für Glauben und Kirchenverfassung vorzubereiten, die ebenfalls das Verständnis der Kirche als Koinonia zum Thema haben wird (vgl. HK, September 1992, 402 f.). Die Vorbereitung der für 1996 oder 1997 geplanten nächsten Weltkonferenz für Weltmission und Evangelisation wird ein Teil der Arbeit der zweiten Programmeinheit sein, die vom Zentralaussschuß in „Leben, Erziehung und Mission“ umbenannt wurde (vormals: Mission, Bildung und Zeugnis).

Die Programmeinheit III soll den konziliaren Prozeß der gegenseitigen Verpflichtung der Kirchen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung fortführen. Verantwortung für die Schöpfung ist auch eines der vier Kriterien, die ein vom Zentralaussschuß angenommenes *wirtschaftspolitisches Studiendokument* des ÖRK zur Analyse und ethischen Bewertung einzelner Wirtschaftssysteme und Gesellschaftsentwürfe nennt. Diese in ihrem Charakter noch vorläufige Stellungnahme solle, so ihre Autoren, eine christliche Interpretation der heutigen Weltwirtschaftssituation möglich machen und den Kampf gegen die weiter wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, den Hunger und die Schuldenkrise stärken. Deutlich wird darin hervorgehoben, daß nicht versucht werden sollte, Grundüberzeugungen des christlichen Glaubens in weltweit gültige und anwendbare Wirtschaftsmodelle umzusetzen. Dies sollten schon die Erfahrungen der Geschichte der ökumenischen Debatte über das Wirtschaftsleben lehren.

Eine unbefriedigende Erklärung zum Krieg auf dem Balkan

Auf Antrag von *Klaus Wilkens*, der als Ersatzmann für den im vergangenen Jahr verstorbenen und um die Ökumene sehr verdienten kurhessischen Bischof *Gernot Jung* als Delegierter der EKD dem Zentralaussschuß angehört, wurde der dritten Programmeinheit ein zusätzlicher Aspekt zur Berücksichtigung in ihren Programmen und Projekten empfohlen: „Gewaltfreies Handeln im Zusammenhang mit der Beilegung von Konflikten“. In Zusammenarbeit mit der ersten Programmeinheit solle, so lautete der vom

Zentralausschuß angenommene Antrag weiter, zudem in einem Studien- und Reflexionsprozeß geklärt werden, „inwieweit Kirchen – gleich welcher Konfession – die Gemeinschaft der Kirchen im Weltkirchenrat in Frage stellen, wenn sie systematische Menschenrechtsverletzungen in ihrem Bereich nicht entschlossen verurteilen“.

Dieser Antrag und seine Festschreibung im Arbeitsrahmen zweier Programmeinheiten bedeuten zweifellos eine grundsätzliche Anfrage an den Stil bisheriger politischer Erklärungen des ÖRK, die oft durch moderaten Tonfall, große Kompromißbereitschaft und bemühte Ausgewogenheit charakterisiert waren, wenn die Interessen einer Mitgliedskirche unmittelbar berührt wurden. Ob hiermit generell neue Wege in der ÖRK-Diplomatie eingeschlagen werden, wird sich erst noch zeigen müssen. In jedem Fall steht das Verständnis der Solidarität des Rates mit einzelnen Mitgliedskirchen und ihren Anliegen zur Diskussion.

Wilkens hatte bereits bei der Beratung einer Erklärung zum Krieg auf dem Balkan (neben der „Erklärung zu den Konflikten im früheren Jugoslawien“ verabschiedete der Zentralausschuß Resolutionen zur Europäischen Gemeinschaft 1992 und zur Situation in Südafrika, Somalia und im Sudan) gefordert, der *serbisch-orthodoxen* Kirche die Suspendierung anzudrohen, falls diese sich nicht eindeutig vom Nationalismus distanzieren und weiterhin Gewalt rechtfertigen mit Sätzen wie etwa dem, daß die Nation der Nächstenliebe vorausgehe. Mit dieser Forderung kritisierte der deutsche Delegierte auch den ÖRK in seiner Haltung zur serbischen Mitgliedskirche. Denn in der Erklärung zum früheren Jugoslawien werden vor allem die Medien beschuldigt, durch einseitige Berichterstattung das Bild von einer Alleinschuld der Serben gezeichnet zu haben. Mangelnden Willen, den Konflikt friedlich zu lösen, wird dagegen den europäischen Staaten vorgeworfen. Mehrfach hatte die serbisch-orthodoxe Kirche den ÖRK um Unterstützung und Solidarität gebeten.

Für ein entschiedenes Vorgehen gegenüber einer Mitgliedskirche, die in ihrem Verhalten einen massiven Glaubwürdigkeitsverlust bei ihren Schwesterkirchen ebenso wie der Dachorganisation, der sie angehört, provoziert, gibt es durchaus Beispiele, denen der ÖRK folgen könnte. So hat der Lutherische Weltbund auf seiner siebten Vollversammlung in Budapest im Jahr 1984 zwei „weiße“ lutherische Kirchen im südlichen Afrika – die „Evangelisch-Lutherische Kirche im Südlichen Afrika“ und die „Evangelisch-Lutherische Kirche in Namibia“ – wegen deren zweideutiger Haltung zur Apartheid und ihrer Distanz zu den „schwarzen“ lutherischen Kirchen in ihrem Land suspendiert (vgl. HK, September 1984, 406). Die Erklärung des ÖRK im Falle des Balkankonfliktes blieb dagegen betont zahnlos und um Harmonie besorgt. Dabei hatte in Genf eine Äußerung des Eparchen der serbisch-orthodoxen Minderheit in Ungarn, Bischof Danilo (zum Zentralausschuß des ÖRK nur im Beraterstatus eingeladen), für erhebliche Unruhe und eine massive Intervention einer deutschen Delegierten (*Margot Kässmann*) geführt: Die Serben hätten das Recht und die Pflicht zu tö-

ten, sie müßten ihre Familie und die Nation gegen Angreifer verteidigen, betonte das Mitglied des Heiligen Synods der serbisch-orthodoxen Kirche während der Tagung vor Journalisten.

In dieser entscheidenden Phase des Überganges und Neuanfangs stand bei der Tagung in Genf aber vor allem die Wahl eines neuen Generalsekretärs im Zentrum der Aufmerksamkeit. Acht Jahre stand *Emilio Castro* an der Spitze des ÖRK. Bevor er die Nachfolge des ebenfalls methodistischen *Philipp Potter* als Generalsekretär antrat, hatte er von 1972 bis 1983 die ÖRK-Kommission für Weltmission und Evangelisation geleitet. Gerade im Vergleich mit seinen Vorgängern Visser't Hooft und Potter wurde bei Castro häufig das fehlende charismatische Profil einer Leitfigur bemängelt. Dagegen wurden stets seine integrative Kraft und sein unermüdliches Streben nach Ausgleich und Harmonie innerhalb des ÖRK mit seinen sehr unterschiedlichen Mitgliedskirchen gewürdigt.

Die ökumenische Vision ist unteilbar

Für die meisten Delegierten wie Beobachter ist schon der Wechsel vom uruguayischen Methodisten-Pfarrer Emilio Castro zu *Konrad Raiser*, dem Bochumer Professor für systematische Theologie und Ökumene, ein deutliches Zeichen des Überganges, des erhofften Neuanfangs. So charakterisierte beispielsweise ein altgedientes deutsches Zentralausschußmitglied, der Württemberger Oberkirchenrat *Walter Arnold*, den Wechsel als den Anfang eines neuen Kapitels in der Geschichte des Weltkirchenrates. Auch der Vorsitzende des Rates der EKD, der badische Landesbischof *Klaus Engelhardt*, betonte in einem Glückwunschtelegramm an den neuen Generalsekretär, der auch dem Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentages angehört, er erhoffe sich von ihm eine neue Vision von der Einheit der Kirche und frische Schubkraft für die Ökumene in einer Zeit dramatischer Veränderungen. Inwieweit die EKD insgesamt im Vorfeld hinter der Nominierung Raisers stand, ist unklar geblieben – ihre volle Unterstützung schien er jedoch nicht gehabt zu haben.

Mit großer Mehrheit konnte sich in Genf Raiser gegenüber seinem Mitkandidaten, dem Engländer *Martin Conway*, durchsetzen. Dabei waren zum ersten Mal in der Geschichte des ÖRK zwei Kandidaten dem Zentralausschuß zur Wahl vorgeschlagen worden, nachdem sich das 18köpfige Nominierungskomitee trotz einer langwierigen Auswahlprozedur nicht wie üblich auf nur einen Kandidaten einigen konnte. Ebenfalls neu bei dieser Wahl war, daß mit Conway, der Präsident des „Selly Oak College“ in Birmingham ist, ein nichtordinierter „Laientheologe“ für das Amt des Generalsekretärs vorgeschlagen wurde.

Als „Brückenbauer“ sowohl zwischen den verschiedenen theologischen Traditionen wie zwischen Kirchenleitungen und Basis hat das Nominierungskomitee Raiser vorgeschlagen. Der Vertrauensvorschuß, solche Brücken bauen zu können, gründet wohl nicht zuletzt auf der *breiten Erfahrung in Sachen ÖRK*, die Raiser vorweisen kann. Bereits von 1973 bis 1983 war er Stellvertreter des damaligen

Generalsekretärs Potter, zuvor hatte er schon vier Jahre als Stabssekretär der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung in der Genfer Zentrale des ÖRK verbracht.

In einer kurzen Ansprache, die er jedoch ausdrücklich noch nicht als programmatisch verstanden wissen wollte, betonte der erste deutsche Generalsekretär („Ich bin mir der Tatsache bewußt, daß meine deutsche Abstammung bei einigen von Ihnen zwiespältige Gefühle auslöst“), er wolle eine enge Verbindung mit der ökumenischen Bewegung an der Basis suchen. Weiter unterstrich er die *Un-teilbarkeit der ökumenischen Vision* gegen jede Polarisierung zwischen einem ökumenischen Engagement für die Einheit und dem für Gerechtigkeit und Frieden. Zweifellos ist mit dem Namen Raiser auch die Hoffnung auf eine Neubelebung des konziliaren Prozesses für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung verbunden, so daß dieser wieder zu dem gewichtigen Impuls in der ökumenischen Bewegung werden könnte, den er zu Beginn der achtziger Jahre darstellte.

Programmatischen Charakter hatte sicherlich die Aussage Raisers: „Der Ökumenische Rat ist mehr als ein Dienstleistungsunternehmen und ein Instrument für zwischenkirchliche Beziehungen. Es ist seine unverwechselbare Aufgabe, die Ganzheit der ökumenischen Vision und Berufung lebendig zu erhalten, die alle ihre institutionellen Ausprägungen übersteigt. Ich werde mich darum bemühen, dazu beizutragen, den Ökumenischen Rat aus der sicherlich notwendigen Konzentration auf institutionelle und strukturelle Probleme zu befreien, so daß er wieder zu einer Quelle der Inspiration werden kann.“

Kritik an der Haltung Roms

Mit einer anderen Stoßrichtung übte der Vorsitzende des Zentralausschusses, der armenisch-orthodoxe Bischof *Aram Keshishian*, Kritik an den bisherigen Arbeitsschwerpunkten des ÖRK. Durch die wachsende Anzahl von Arbeitsschwerpunkten und Programmbereichen und durch eine Bürokratisierung der Arbeitsmethoden entwickelte sich der Rat immer mehr zu einer betriebsähnlichen Organisation, anstatt eine Koinonia der Mitwirkung zu sein. Sehr viel Energie, Zeit und Geld würden für die Programmarbeit aufgewendet, obwohl dies doch dem Aufbau der Koinonia zugute kommen sollte.

Als Kristallisationspunkt der ökumenischen Reflexion und Diskussion stellte der Zentralausschußvorsitzende in seinem Bericht den Begriff der „Koinonia“ heraus. Damit griff er wichtige Aspekte der Erklärung von Canberra auf, die die Einheit der Kirche als Koinonia beschreibt. Vor dem Zentralausschuß suchte Keshishian nun seinerseits das Wesen der Kirche, ein Modell für die Einheit der Kirchen wie für die der ganzen Menschheit und ein „gemeinsames Verständnis von der Natur des ÖRK“ mit diesem Begriff näher zu bestimmen. Dabei betonte der armenisch-orthodoxe Bischof gegenüber dem gerade von protestantischer Seite forciert vorgetragenen Wunsch nach einer möglichst baldigen Abendmahlsgemeinschaft

zwischen den getrennten Kirchen, daß in der frühen Kirche die Eucharistie nie ein Mittel zur Wiederherstellung der Einheit gewesen sei, sondern immer Zeichen einer schon bestehenden Einheit des Glaubens. An die Adresse Roms war der Hinweis gerichtet, die Kirche sei eine konziliare Koinonia von Ortskirchen, die weder ein geographisches noch ein administratives Zentrum hätten.

Entschieden deutlicher fiel die *Kritik an der ökumenischen Gesinnung Roms* im Bericht des scheidenden Generalsekretärs aus. Castro sprach von einer „kalten Dusche“ für die ökumenische Bewegung, die die Aussagen zu „Kirchliche Gemeinschaft und Ökumenismus“ im Schreiben der Glaubenskongregation an alle Bischöfe der katholischen Kirche über einige Aspekte der Kirche als *Communio* darstellen (vgl. HK, Juli 1992, 319 und September 1992, 397). Fünfzig Jahre ökumenischer Arbeit würden beiseite geschoben, monierte Castro, wenn die Glaubenskongregation unterstreiche, es müsse das Ziel allen ökumenischen Strebens sein, „daß es in stets neuer Bekehrung zum Herrn allen möglich werde, das Fortdauern des Petrusprimates in seinen Nachfolgern, den Bischöfen von Rom, anzuerkennen und das Petrusamt so verwirklicht zu sehen, wie es der Herr gewollt hat: als universalen Dienst, der in allen Kirchen von innen her präsent ist“. Diese Aussage meine nichts anderes als die „Rückkehr“ zur römisch-katholischen Kirche. Ebenso kritisierte er die offizielle vatikanische Stellungnahme zum Schlußbericht der ersten Internationalen anglikanisch-katholischen Kommission (ARCIC I) (vgl. HK, Januar 1992, 5). Allerdings betonte Castro auch, er wisse um durchaus andere Auffassungen in der katholischen Kirche, die eine solche dem Zweiten Vatikanischen Konzil widersprechende Interpretation nicht teilen würden.

Castro griff in seinem Bericht mit dem Titel „Ein Ruf zur Umkehr“, der gar nicht wie das politisch richtungweisende oder visionäre Vermächtnis eines scheidenden Generalsekretärs wirkte, sondern eher spirituell und meditativ geprägt war, auch das Problem des *Uniatismus* auf: Hier zeige sich, wie schwer es selbst in einem ökumenischen Zeitalter sei, daß Wunden der Vergangenheit heilten.

Hoffnungen auf einen Neuanfang

Zu einer ausführlichen Diskussion führte in Genf auch die Beratung eines Konsultationsberichtes über die „Beziehung zwischen den orthodoxen und katholischen Kirchen nach östlichem Ritus – das Problem des Uniatismus“. Darin wurde hervorgehoben, daß auch, wenn das Problem Gegenstand bilateraler Gespräche sei, die ökumenische Gemeinschaft doch insgesamt betroffen sei. Im Frühjahr dieses Jahres hatten gemischte Delegationen des ÖRK und der KEK einige der Gebiete aufgesucht, in denen es zu Spannungen zwischen den mit Rom verbundenen Kirchen und Mitgliedskirchen des ÖRK gekommen war. In der Diskussion des Zentralausschusses über dieses Thema bat der als delegierter Beobachter an der Tagung teilnehmende Mitarbeiter des Päpstlichen Rates zur Förderung

der Einheit der Christen, *John A. Radano*, schon in der Begriffswahl darauf zu achten, daß es sich keinesfalls um ein „Wiederaufleben“ des Uniatismus handele, sondern um ein historisch bedingtes Problem. Ansonsten solle die Uniertenfrage doch besser auf der bilateralen Ebene belassen werden. Dagegen sprachen sich jedoch mehrere Vertreter orthodoxer Kirchen aus: Auch hier sei die Solidarität des ÖRK mit seinen Mitgliedskirchen gefordert. Allerdings drängten jedoch gerade an diesem Punkt der Diskussion einige Delegierte darauf, sich um Verständnis für die katholische Position zu bemühen und keine Verurteilung auszusprechen.

Es gab bei der jüngsten Zentralaussschußtagung viele Indizien einer Umbruchsituation und auch dafür, daß ein Neuanfang für den Ökumenischen Rat durchaus möglich

ist. Unübersehbar aber ist der ÖRK an vielen Punkten angelangt, die von ihm *entschiedene Weichenstellungen* fordern: sei es im entschiedenen Abschied von bürokratischen Versuchungen, sei es im konsequenten Lichten eines Dschungels von Programmen, Aktionen und Aktivitäten. Auch scheint seine Rolle im politischen Geschäft grundsätzlich zur Disposition zu stehen, in der Entscheidung zwischen dem Drang nach versöhnlicher Harmonie oder dem konsequenten Einsatz für die eigenen Prinzipien, auch dann, wenn ein Konflikt mit einzelnen Mitgliedskirchen unvermeidlich wird. Mit der Wahl des neuen Generalsekretärs sind in jedem Fall berechtigte Hoffnungen verbunden, auf eine Renaissance des ÖRK wie auch der ökumenischen Bewegung insgesamt.

Alexander Foitzik

Kurzinformationen

Religionsvertreter trafen sich in Löwen und Brüssel zu einem internationalen Gebetstreffen

350 Vertreter aller großen Religionen nahmen an dem sechsten internationalen Gebetstreffen der Weltreligionen für den Frieden teil, das vom 13. bis 15. September in Löwen und Brüssel stattfand und dem Leitwort „Europa, Religion und Friede“ gewidmet war. Die Treffen dieser Art verstehen sich als Nachfolgeveranstaltungen zu dem von Papst Johannes Paul II. 1986 in Assisi abgehaltenen Gebetstreffen. Veranstalter waren die Erzdiözese Mechelen-Brüssel und die Gemeinschaft St. Egidio. Von katholischer Seite nahmen an dem gerade auch von den Kampfhandlungen im ehemaligen Jugoslawien überschatteten Treffen u. a. der Präsident des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen, Kardinal *Edward Cassidy*, und der Präsident des Rates für den Interreligiösen Dialog, Kardinal *Francis Arinze*, teil. In einem von Kardinal Cassidy verlesenen Grußwort meinte der Papst, das neue Europa könne man nicht schaffen, ohne den der gesamten Menschheit gemeinsamen Planeten zu berücksichtigen. Europas Zukunft müsse auf der Fähigkeit, über seine Grenzen zu blicken, gegründet sein. Die Vertreter der teilnehmenden christlichen Kirchen Afrikas mahnten in einem gemeinsamen Wort: „Vergeßt Afrika nicht“. Die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen der Internationalen Gemeinschaft sollten gemeinsam auf die Lösung der afrikanischen Probleme hinarbeiten. Der höchste geistliche Würdenträger der buddhistischen Tendai-Schule, *Etai Yamada*, appellierte an die Religionsgemeinschaften, die Kommunikation untereinander zu verbessern und sich verstärkt um eine Friedenserziehung der Jugend zu bemühen. *Swami Chidanada Mahraj*, der höchste Würdenträger des Hinduismus in der Welt, sprach sich für eine neue Weltwirtschaftsordnung zur Lösung der zahlreichen Konflikte auf der Erde aus. In einem gemeinsamen Appell der Teilneh-

mer des Treffens werden u. a. die politisch Verantwortlichen aufgefordert, alles in ihrer Kraft Stehende zu tun, um die weitere Ausbreitung von Kriegen zu verhindern.

Studie des Deutschen Caritasverbands zur Armut in Deutschland

Das soziale Netz in Deutschland müsse „armutsfest“ gemacht werden, um so grundsätzlich das Absinken der immer zahlreicher werdenden armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen unter das „sozio-kulturelle“ Existenzminimum von monatlich etwa tausend Mark zu verhindern, forderte der Deutsche Caritasverband zu Beginn des vergangenen Monats im Zusammenhang mit einer Studie zur Armut in Deutschland, die von dem Frankfurter Sozialwissenschaftler und Armutsforscher *Richard Hauser* erstellt wurde (vgl. HK, März 1992, 118 ff.). Für diese Studie wurden in einem einjährigen Beobachtungszeitraum 4000 Personen aus insgesamt 68 400 Klienten, die monatlich Caritas-Einrichtungen aufsuchen (die neuen Bundesländer wurden hierbei noch nicht berücksichtigt), ausgewählt und befragt. Dabei zeigte sich, daß unter den 68 400 Caritas-Klienten 28,4 Prozent auf Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Sozialhilfe angewiesen sind. Eine Zahl, die noch höher wäre, würden nicht weitere 22,2 Prozent der wegen geringen Einkommens ebenfalls Sozialhilfeberechtigten aus Scham oder Unwissen diese nicht in Anspruch nehmen: Vergleiche man die Zahl der Sozialhilfeempfänger mit der Zahl der „verdeckt armen“ Menschen, so die Verfasser des Berichts über die Studie, ergebe sich für die Privathaushalte der Caritas-Klienten ein Verhältnis von 1 zu 0,78. Der Studie zufolge sind etwa 25 Prozent der Bevölkerung bis in die mittleren Einkommensschichten hinein armutsgefährdet, wobei die Armutsschwelle bei 50 Prozent des durchschnittlichen Einkommens definiert wurde.